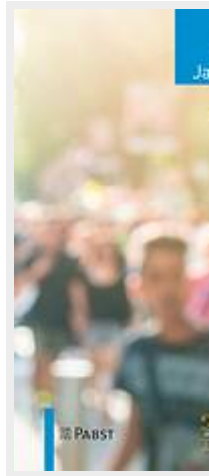


03-03-17

Wie die Alkoholindustrie uns dazu bringt, immer weiter zu trinken

Jeden Tag sterben in Deutschland 40 Menschen an den Folgen von Alkohol. Es ist klar, wie gefährlich Alkohol ist. Es ist bekannt, welche Maßnahmen helfen würden. Doch die Alkoholindustrie tut alles, um schärfere Regelungen zu verhindern. Die Bundesregierung macht sich bei Gesprächen über die Regulierung von Alkohol offenbar die Argumentation der Industrie zu eigen, wie Recherchen von correctiv.org und ZDFzoom belegen. Die Folgen sind dramatisch.



Mehr als 200 Krankheiten und Symptome

Dabei wissen wir seit Jahrzehnten, dass Alkohol gefährlich ist. Alkohol ist ein Zellgift und trifft jede Zelle des menschlichen Körpers, sagt Professor Helmut Seitz. Er hat als einer der weltweit Ersten nachgewiesen, dass Alkohol Krebs verursachen kann. Das war 1984. Heute ist er ärztlicher Direktor des Klinikum Salem in Heidelberg und einer der angesehensten Alkoholforscher weltweit.

Seit mehr als 30 Jahren behandelt Seitz Alkohol-Geschädigte. Bei denen ist längst nicht nur die Leber betroffen. Heute weiß man, dass Alkohol über 200 Krankheiten oder Symptome auslösen kann, darunter Krebs, Lebererkrankungen oder Krankheiten, die bereits bestehende verschlechtern. Das könne bis zur Demenz gehen, dazu Krebserkrankungen in der Mundhöhle, in der Speiseröhre, im Kehlkopf, im Dickdarm oder in der weiblichen Brustdrüse, dazu Muskel- und Knochenerkrankungen.

Schon geringe Mengen können Darm- und Brustkrebs auslösen. Ein viertel Liter Wein am Tag erhöht zum Beispiel das Risiko für Brustkrebs um 25 Prozent. Und man kann nicht vorhersagen, bei wem passiert etwas und bei wem passiert nichts, sagt Seitz. Für den Professor ist die wissenschaftliche Datenlage eindeutig. Umso mehr wundert sich Seitz darüber, dass es immer wieder Studien gibt, die das Gegenteil behaupten. Experte sicher: Eine Flasche Wein pro Tag ist gesund auf Focus Online, Bier trinken gegen Krebs in der Men's Health oder Jeder Tag ohne Wein kann ein Herzinfarkt sein in der Berliner Zeitung. Je mehr Menschen eingeredet wird, dass Alkohol gesund ist, desto höher ist der Umsatz.

Studien, finanziert von der Industrie

Die Industrie fördert ihre eigene Forschung. Ein Beispiel ist ERAB, eine von der Alkoholindustrie gegründete und finanzierte Organisation: The European Foundation for Alcohol Research.

In den USA hat die von der Industrie finanzierte Forschung seit den 80er Jahren dafür gesorgt, dass auch die positiven Effekte von Alkohol erforscht werden. Die Industrie hat die Forschung durch ihre Unterstützung aufgeweicht.

Das amerikanische Modell sollte auf Europa übertragen werden, um in der hiesigen Wissenschaftsgemeinschaft zu werden. Im Jahr 2003 wird ERAB deshalb als gemeinnützige belgische Organisation gegründet. Die europäischen Brauerverbände und die vier großen Brauereien Carlsberg, Heineken, Anheuser Busch und SABMiller geben für insgesamt eine halbe Million Euro pro Jahr. Seit seiner Gründung hat ERAB rund sechs Millionen Euro investiert und 86 Forschungsprojekte finanziert. Die Alkoholindustrie nennt das eine Förderung auf Armlänge. Das soll die Interessenkonflikte vertuschen.

Und die Politik trinkt mit...

Unabhängige Forscher sind sich dagegen einig, dass der Konsum drastisch reduziert werden muss. Internationale Studien haben in den vergangenen Jahrzehnten gezeigt, was Menschen dazu bringt, weniger zu trinken: Höhere Preise, weniger Werbung und kein Alkoholverkauf mehr rund um die Uhr. Politiker müssten sich dafür entscheiden, die Gesundheit der Bürger über den Umsatz der Alkoholindustrie zu stellen. Doch die Politik trinkt lieber mit, als harte Regeln durchzusetzen.

Zum Beispiel auf dem Oktoberfest. Jedes Jahr trinken die Besucher der Wiesn mehr als sieben Millionen Liter Bier. Eine Dokumentation von ZDFzoom fährt unsere Reporterin nach München. Promis feiern hier ebenso wie Politiker. Bier trinkt, ist nah am Volk.

Fünf, vier, drei, zwei eins. O´zapft is. Auf eine friedliche Wiesn. Traditionell sticht Münchens Oberbürgermeister Reiter das erste Fass an und füllt die erste Maß für sich und Ministerpräsident Horst Seehofer. Bier in Maßen ist ein Nahrungsmittel in Bayern, sagt Seehofer, als unsere Reporterin ihn fragt, warum er Werbung für Alkohol nicht verbietet. Es geht immer um den richtigen Gebrauch von Bier. Nicht um den Missbrauch. Warum ist die Alkoholpolitik in Deutschland so lasch? Ach, wir sind jetzt auf der Wiesn, sagt Seehofer und bricht das Gespräch ab.

In Deutschland an Alkohol zu kommen ist einfach. Zuletzt hat die Politik vor gut zehn Jahren die Steuer auf Alkohol erhöht, verführerische Mischgetränke, deren Alkoholgehalt gerade Jugendliche beim Konsum unterschätzen. Seitdem wurde kaum etwas unternommen, um den Konsum von Alkohol einzuschränken. Wieso nicht? Was ist los mit der Politik?

Gleich neben dem Oktoberfest beginnt am selben Tag das Bayerische Zentral-Landwirtschaftsfest. Mittendrin: Bundesernährungsminister Christian Schmidt, der auch für Alkohol zuständig ist, sowie seine Vorgängerin Ilse Aiginger. Dazu Grünen-Politikerin Claudia Roth und die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Marlene Mortler.

Als wir Ernährungsminister Christian Schmidt zur Alkoholpolitik befragen wollen, blockt sein Mitarbeiter unsere Fragen. Bei der Drogenbeauftragten Marlene Mortler haben wir mehr Glück. Unsere Reporterin fängt sie nach dem Fest auf dem Parkplatz für ein spontanes Interview ab. Mortler will keine schärfere Regulierung von Alkohol. Ich bin ja nicht als Verbotstante ernannt worden, sagt Mortler. Ich bin jemand, der auch beobachtet. Eine Drogenbeauftragte, die Beobachten beschränkt.

Einige Politiker wollen ihren Wählern nicht nur die Party nicht verderben, sie lassen sich auch direkt von der Industrie einspannen. Der Deutsche Brauer-Bund kürt einmal im Jahr den Botschafter des Bieres. Das waren unter anderem Bundestagspräsident Norbert Lammert, Kanzleramtsminister Peter Altmaier, der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer. Und Grünen-Chef Cem Özdemir. Der präsentierte beim Grünen-Parteitag sogar sein eigenes Bier: das erfolgreiche PR. Für ihn. Und den Alkohol.

DFB und Bild : Unheilige Allianz für den Alkohol

Das bisher letzte Mal, dass eine Politikerin gegen die Alkoholindustrie vorging, ist fast acht Jahre her. Damals war Sabine Bätzing Drogenbeauftragte. Sie hat dafür gekämpft, dass die Deutschen weniger trinken, hat das offensiv vertreten. Ihre Initiative wurde ausgebremst von der Industrie. Allen voran vom Bayerischen Brauerbund, der damals die Gegenwehr organisierte und zahlreiche Verbindungen in Politik und Wirtschaft nutzte, um Bätzings Plan abzuschmettern.

Gegen Sabine Bätzing wurde eine Kampagne geführt. Angeblich hat Bätzing in dieser Zeit sogar anonyme Morddrohungen erhalten. Darüber sprechen möchte Bätzing heute nicht mehr. Ein Interview lehnt sie ab.

Wie groß der Druck auf Sabine Bätzing war, kann einer beurteilen, der schon lange für härtere Regeln kämpft. Von

war Rolf Hüllinghorst fast zwei Jahrzehnte lang Geschäftsführer der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen. Auch Kampagne gegen Sabine Bätzing hat er miterlebt. Und war trotz seiner Erfahrung überrascht, wie massiv der Widerstand war. Ein ganz breites Bündnis kam auf einmal an. Zeitungsverleger, Fernsehanstalten, Werbetreibende im Kino und die Deutsche Fußball-Bund, der Sorge hatte, dass in den Stadien etwas mit der Alkoholwerbung passieren würde. Hüllinghorsts Fazit: Gegen DFB und Bild-Zeitung kann sich auch die stärkste Politikerin in Deutschland nicht durchsetzen.

Der einzelne Trinker hat keine Lobby. Die Industrie schon. In Europa hängen geschätzte 750.000 Jobs am Alkoholkonsum. Neben dem Einzelhandel kommen noch weitere Branchen, die vom Alkoholkonsum profitieren: der Einzelhandel, die Gastronomie, der Sport und die Werbebranche und damit auch die Medien.

Der DFB möchte sich auf Anfrage zur Lobbyarbeit im Jahr 2009 nicht mehr äußern und verweist auf neue Präventionsprogramme, an denen er sich beteiligt. Der Bund Deutscher Zeitungsverleger schreibt auf Anfrage, dass sich immer gegen Werbeverbote für legal verkaufte Produkte aller Art eingesetzt hat und dass Werbeeinnahmen von privatwirtschaftlich organisierte Medien einen wichtigen Teil ihrer Erlöse ausmachen.

Der Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Brauerbundes, Lothar Ebbertz, schreibt auf Anfrage, sein Vorgehen gegenüber den Vorschläge Bätzings sei sach- und interessengerecht gewesen. Bätzings Maßnahmen seien weit über das Ziel hinausgeschossen und wissenschaftlich nicht erwiesen gewesen.

Im Zentrum all der Interessen aus Wirtschaft, Medien und Sport: die Politik.

Vermutlich auch deshalb haben sich die Regeln für Alkohol bis heute nicht verschärft. Seit Sommer 2015 gilt zwar bundesweit ein neues Präventionsgesetz. Darin steht das große Ziel: Alkoholkonsum reduzieren. Was aber nicht steht: Wie? Festlegen soll das eine Arbeitsgruppe. Besonders im Fokus: drei Maßnahmen, die auch schon die ehemaligen Drogenbeauftragte der Bundesregierung Sabine Bätzing forderte. Weniger Werbung, höhere Preise und eingeschränkte Verfügbarkeit von Alkohol.

Neue Regeln? Nicht mit der Alkoholindustrie

ZDFzoom und correctiv.org haben diese Arbeitsgruppe in den vergangenen eineinhalb Jahren begleitet, haben immer wieder mit den beteiligten Experten gesprochen. Lange hat die Gruppe kaum Fortschritte dabei gemacht, neue Regeln für Werbung, Steuer und Verfügbarkeit von Alkohol in Deutschland festzulegen. Bis heute gibt es keinen Abschlussbericht.

Die Arbeit geht auch so langsam voran, weil die Arbeitsgruppe nicht nur aus Experten besteht. Im Gegenteil. Neben Ärztereinigungen, Apothekerverband, Krankenkassen, Suchtexperten, Caritas oder Gewerkschaften sitzen auch Vertreter von Ministerien in der Arbeitsgruppe: Gesundheit, Familie, Ernährung und Wirtschaft. Und die Ministerien haben ein Vetorecht. Wenn ihnen eine Textpassage nicht passt, kann sie nicht in den Abschlussbericht.

Die Bundesregierung macht sich nach unseren Recherchen offenbar die Interessen der Industrie zu eigen. Eigentlich soll die Arbeitsgruppe eine gesundheitspolitische Empfehlung erstellen. Wie kann Alkoholkonsum reduziert werden? Die Argumente der Alkoholindustrie könnten dann im Anschluss diskutiert werden wenn das Papier fertig ist.

Die Industrie sitzt offiziell nicht mit am Tisch. Und sollte deshalb auch nicht wissen, wie weit die Arbeit in der Gruppe fortgeschritten ist. Dennoch hat sie offenbar Zugriff auf den Stand der Beratungen. Und versucht schon jetzt, Einfluss auf die Gespräche zu nehmen. Das legen Dokumente nahe, die ZDFzoom und correctiv.org mit Hilfe des Informationsfreiheitsgesetzes erhalten haben. Zu den Unterlagen gehören zwei Briefe an das Bundeswirtschaftsministerium.

Zwei abgestimmte Briefe ans Ministerium

Am 17. September 2015 schreibt der Deutsche Brauer-Bund an das Wirtschaftsministerium. Uns liegt nunmehr ein überarbeitete Entwurf für die sogenannten Gesundheitsziele vor, beginnt der Brief. Er sieht schon den Titel der Arbeitsgruppe kritisch: Alkoholkonsum reduzieren. Die Brauer wollen neue Verbote verhindern.

So fordern die Brauer zum Beispiel, lieber mehr auf Prävention zu setzen, als die Steuern für Alkohol zu erhöhen. Preise würden schließlich viele mittelständische Brauereien und damit Arbeitskräfte gefährden. Auch der Verkauf Alkohol und die Werbung sollten nicht eingeschränkt werden. Stattdessen sollen positive Entwicklungen der verga Jahre stärker gewürdigt werden. Wir würden uns freuen, wenn es möglich wäre, unsere Argumente in der weiteren Diskussion zu berücksichtigen, endet der Brief.

Einen Tag später wendet sich auch der Bundesverband der Deutschen Spirituosen-Industrie an das Ministerium. sind offenbar abgestimmt. Beide Lobbygruppen freuen sich, dass einige der im Sommer bereits erörterten Kritikpunkte offenbar aufgegriffen wurden. Die Alkoholindustrie scheint über die laufenden Beratungen der Arbeitsgruppe bes informiert zu sein.

Der Deutsche Brauer-Bund betont auf Anfrage noch einmal, dass er gegen Steuererhöhungen, Verkaufs- und Werbeverbote eintritt und stattdessen auf Prävention setzen will. So wie sich das ZDF etwa zu Fragen des Rundfunkbeitrags einbringe, äußert sich der Brauerbund zu aktuellen Fragen der Alkoholpolitik. Deshalb hat sich natürlich auch zu den geplanten Gesundheitszielen geäußert.

Buffet und Hochprozentiges im Adlon

Bei Ihrer Lobbyarbeit belassen es die Alkohol-Vertreter nicht beim Schreiben von Briefen. Regelmäßig werden Spitzenpolitiker und Beamte zu Treffen mit der Industrie eingeladen. Bundesernährungsminister Christian Schmidt Beispiel trifft sich häufig mit Vertretern der Wein- und Bierindustrie oder hält Grußworte auf deren Veranstaltungen der Eröffnung des Heilbronner Weindorfes oder bei der Jungweinprobe des Weinbauvereins Ipsheim in Franken. Beginn der Legislaturperiode 2013 hatte Schmidt rund 30 solcher Kontakte mit der Alkoholindustrie.

Die neue Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries war im November 2015 Gastrednerin bei einem Treffen des Bundesverbandes der Deutschen Spirituosenindustrie im Berliner Adlon, mit Buffet und Hochprozentigem. Zu G weitere Politiker und Spitzenbeamte. Kurze Zeit später übernahm Zypries die Schirmherrschaft für die Präventionskampagne Klartext reden! von der Spirituosen-Industrie.

Die Einflussnahme der Alkoholindustrie hat offenbar Erfolg. Denn die Bundesregierung verhindert in der Arbeitsgr härtere Regeln. ZDFzoom und correctiv.org haben mehrere Schreiben aus der Arbeitsgruppe zugespielt bekommen zeigen, dass vor allem das Wirtschafts- und das Ernährungs- und Landwirtschaftsministerium von Christian Schm entscheidende Formulierungen blockieren, die den Alkoholkonsum in Zukunft einschränken könnten.

In einem Entwurf für das bis heute nicht fertig gestellte Abschlussdokument der Arbeitsgruppe widerspricht die Re mehreren Formulierungen der Gesundheitsexperten. Das war im Februar 2016, also rund ein halbes Jahr nach de Lobbybriefen an das Ministerium. Ein Beispiel ist die Formulierung Der Verkauf von Alkohol an Tankstellen und i Supermärkten wird beschränkt. Sie wurde vom Bundeswirtschaftsministerium gestrichen. Das schreibt: Alles da hinausgehende wird vom BMWi nicht mitgetragen. Ein klares Veto gegen zu starke Regulierung. Gleich darunter unterstützt das Ernährungsministerium das Veto der Kollegen.

Auch in anderen Kapiteln orientiert sich die Regierung bei den Diskussionen erstaunlich nah an den Positionen de Industrie. Während zum Beispiel die Bundesärztekammer, die Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen und der Fach Sucht eine harte Regulierung von Alkoholwerbung verlangen, setzt das Wirtschaftsministerium voll auf die Selbstt der Industrie. Und stellt infrage, ob Steuererhöhungen wirklich den Alkoholkonsum reduzieren können obwohl d Zusammenhang wissenschaftlich klar belegt ist.

Fazit: Im Wesentlichen soll alles so bleiben wie es ist. Kaum Einschränkungen bei der Verfügbarkeit von und Wer Alkohol, keine höheren Preise.

ZDFzoom und correctiv.org haben alle Teilnehmer der Arbeitsgruppe angeschrieben, zum Teil mehrfach. Keiner d Teilnehmer wollte über die konkrete Arbeit in der Gruppe reden.

Die bisher letzte Sitzung war Anfang Oktober 2016 in Berlin. Unsere Reporterin wartete vor Beginn der Sitzung vo Eingang und versuchte, mit den Beteiligten über die Arbeit der Gruppe zu reden. Kaum jemand wollte sich äußern

Wirtschaftsministerium wurde unter anderem von Heike Lütsch vertreten. Die glaubt zwar, dass härter reguliert werden sollte, sieht aber verschiedene Interessen, die berücksichtigt werden müssten. Auch wirtschaftliche. Welche wären denn? Naja, da hängen schon Arbeitsplätze mit dran.

Wird die Wissenschaft nicht Ernst genommen?

Die Gesundheitsexperten in der Arbeitsgruppe sind zum Teil frustriert über die Arbeit und den Widerstand der Ministerien. Zum Beispiel Gabriele Bartsch. Sie ist stellvertretende Geschäftsführerin der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen. Sie hat erlebt, wie schwierig es ist, einen Kompromiss zu finden, wenn Gesundheit bei der Regierung nicht an erster Stelle steht. Bei uns hat man den Eindruck, dass die Wirtschaft überall sehr dominant ist, sagt Bartsch. Und dass die unternehmerischen Interessen doch sehr im Vordergrund stehen.

Eine stärkere Lobby für Public Health, also all das, was die Gesundheit der Menschen verbessert, fordert deshalb John, Professor für Sozialmedizin an der Universität Greifswald. Auch er ist Teil der Arbeitsgruppe und stellt fest: In Deutschland die Alkoholsteuern erhöhen, dann würden wir im Schnitt alle ein weiteres Lebensjahr dazugewinnen.

John beklagt, dass die wissenschaftlichen Erkenntnisse in der Gesundheitspolitik nicht Ernst genug genommen werden. Die Erkenntnisse der Forscher hätten natürlich eine andere Qualität, als wenn jemand über das Trinkverhalten seine Nachbarn berichtet. Dennoch würden im politischen Prozess alle Interessenverbände auf eine Ebene gestellt. Das ist etwas, das aus Sicht der Forschung schlicht nicht geht.

ZDFzoom und correctiv.org haben alle vier beteiligten Ministerien für Interviews vor der Kamera über die offensichtlich erfolgreiche Lobbyarbeit der Industrie angefragt. Kein Ministerium wollte ein Interview geben. Nur das Bundesgesundheitsministerium teilte schriftlich mit, dass alle Beteiligten Änderungen vorschlagen könnten, die das Gesundheitsziel Alkoholkonsum reduzieren aber noch nicht abgeschlossen sei. Die Drogenbeauftragte Marlene Giese ging auf unsere konkreten Fragen nicht ein.

Das Positiv-Beispiel: Schweden

Die Interessen der Industrie scheinen in Deutschland über der Gesundheit der Bevölkerung zu stehen. Dabei geht es anders. In Schweden ist die Alkoholpolitik sehr viel strenger als in Deutschland. Vor mehr als 100 Jahren hatten die Schweden ein riesiges Alkoholproblem. Sie tranken vier- bis fünfmal so viel wie heute. Immer mehr Menschen erkrankten. Wir müssen etwas ändern.

Das Ergebnis: Höhere Preise, weniger Werbung. Hochprozentiges gibt es nur in bestimmten Spirituosengeschäften. Öffnungszeiten beschränken sich auf wenige Stunden am Tag. In normalen Supermärkten gibt es nur Bier mit weniger als fünf Volumenprozent. Auf den Flaschen kleben Warnhinweise.

Schweden genau wie Norwegen gehört in Europa zu den Ländern mit dem niedrigsten Pro-Kopf-Konsum von Alkohol. Die Schweden tranken 2015 laut Weltgesundheitsorganisation im Schnitt 8,7 Liter Reinalkohol pro Kopf. Wir Deutsche tranken dagegen 10,6 Liter. Deutschland liegt damit im europäischen Mittelfeld.

Unsere Reporterin fliegt nach Schweden und trifft sich mit der Organisation IOGT, die in Deutschland Guttempler heißt. Deren Mitglieder trinken keinen Alkohol. Der strategische Direktor ist Maik Dünnbier. Dünnbier ist sehr schlank, mag kein Fleisch, hat ein freundliches Gesicht, Sportschuhe, schwarze Jeans. Er ist Deutscher, lebt aber seit zehn Jahren in Schweden. Er kennt die Politik in vielen Ländern.

Die Alkoholindustrie ist in Schweden genauso organisiert wie in Deutschland. Der Unterschied ist, dass man in Schweden einen stärkeren politischen Willen hat, Alkohol als Suchtmittel zu regulieren und nicht nur als Wirtschaftsfaktor zu sehen. Maik Dünnbier. In Deutschland sind wir davon unglaublich weit entfernt.

Die Guttempler kämpfen weltweit für eine strengere Alkoholpolitik. In Deutschland wird ihre Arbeit unter anderem vom Bundesgesundheitsministerium gefördert. Dünnbier beobachtet die deutsche Politik mit besonderem Interesse.

Die Alkoholpolitik in Deutschland ist katastrophal. Die ist nicht besser als die in Entwicklungsländern, sagt Dünnbier.

Der Alkoholkonsum in Deutschland liegt auf einem Niveau, wo man sich für schämen müsste als Industrieland. wünscht sich eine Gesellschaft, in der man nicht bei jedem Anlass mehr oder weniger dazu gezwungen wird, sich zu rechtfertigen, wenn man keinen Alkohol konsumieren möchte.

Und nun? Weniger Regeln, statt mehr

Strengere Regeln für den Verkauf von Alkohol gab es in Deutschland zuletzt nur in Baden-Württemberg. Die Menschen können dort nicht mehr überall und rund um die Uhr Alkohol kaufen. Ab 22 Uhr ist es verboten, Alkohol in Supermärkten oder Tankstellen zu verkaufen. Laut einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung und des Hamburg Center for Health Economics ist das ein Erfolg. Das Komasaufen bei jungen Erwachsenen bis 25 Jahren ist in den letzten beiden Jahren nach dem Verbot zurückgegangen. Um sieben Prozent. Das sind etwa 400 Jugendliche weniger pro Jahr, die mit Alkoholvergiftung ins Krankenhaus eingeliefert werden. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl in anderen Bundesländern an.

Auch internationale Studien zeigen: je schwieriger es ist, an Alkohol zu kommen, desto weniger trinken die Menschen. Dennoch will die Regierung in Baden-Württemberg das nächtliche Verkaufsverbot wieder kippen. Die von den Grünen geführte Regierung will stattdessen die Prävention in den Vordergrund stellen. Und zum Beispiel über Testkäufer sorgen, dass Jugendliche unter 18 Jahren keinen hochprozentigen Alkohol mehr bekommen. Doch diese Maßnahmen haben kaum eine Chance, den Alkoholkonsum zu reduzieren. Denn statistisch gesehen wird ein Supermarkt in Deutschland nur alle paar Jahrzehnte einmal überprüft.

Kontrollen funktionieren nicht

Correctiv.org hat alle 16 Landeshauptstädte gefragt, wie viele Testkäufe es in den vergangenen Jahren für wie viele Alkohol-Verkaufsstellen gab. Und wie häufig die Supermärkte, Bars und Tankstellen bestraft wurden, weil sie Alkohol an Minderjährige verkauften. Das Ergebnis ist erschreckend. Es zeigt, dass sich die Verkäufer in der Mehrzahl offenbar nicht an die Regeln halten; dass sie kaum Kontrollen zu fürchten haben; und dass die Strafen erstaunlich niedrig sind.

In Hamburg zum Beispiel kommen auf rund 13.000 Verkaufsstellen weniger als 300 Testkäufe pro Jahr. Jeder Supermarkt kommt also im Schnitt nur alle 40 Jahre in eine Kontrolle. Da wundert es nicht, dass sich die Verkäufer nicht an die Regeln halten und in den vergangenen Jahren bei etwa jeder zweiten Kontrolle auffielen. Die Verstöße gelten als Ordnungswidrigkeit, das Bußgeld beträgt im Schnitt etwa 1000 Euro.

In Frankfurt sind in den vergangenen drei Jahren von den knapp 3000 Alkohol-Verkaufsstellen stets gut 150 geprüft worden. Zwischen 30 und 45 Prozent der Verkäufer hielten sich nicht an das Jugendschutzgesetz. In anderen Städten sieht es ähnlich aus.

Die Industrie verhindert mit ihrer Lobbyarbeit, dass Alkohol härter reguliert wird. Und die laschen Regeln, die es gibt, werden nicht konsequent umgesetzt – geschweige denn ausreichend kontrolliert.

<https://correctiv.org/recherchen/stories/2017/02/22/wie-die-alkoholindustrie-uns-dazu-bringt-immer-weiter-zu-viel-alkohol-zu-trinken>

Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen (DHS) e.V. (Hrsg.): DHS Jahrbuch Sucht 2017 (im Druck)

Pabst, 288 Seiten, ISBN 978-3-95853-276-2, Hardcover

Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen (DHS) e.V. (Hrsg.): Jahrbuch Sucht 2016

Pabst, 280 Seiten, ISBN 978-3-95853-172-7, Hardcover